

**Lizzy Schubert (Parlamentarische Beobachtung,  
MdB, Die Linke)**

### **Bericht zur Demonstration „Rheinmetall Entwaffnen“ in Köln**

Am vergangenen Wochenende hat sich in Köln erneut gezeigt, wie Polizei und Staatsgewalt mit der Friedensbewegung umgehen: Sie treten sie wortwörtlich mit Füßen.

Ich war die gesamte Zeit über als parlamentarische Beobachtung bei der Demonstration von **Rheinmetall Entwaffnen** anwesend und möchte hier schildern, was ich miterlebt und beobachtet habe.

Die Demonstration sollte um 14:30 Uhr am Heumarkt beginnen. Schon im Vorfeld wurden Aktivist\*innen an der Anreise mit der U-Bahn gehindert und mussten zu Fuß zum Auftakt gelangen. Auf dem Heumarkt selbst kam es noch vor dem Loslaufen zu ersten verletzten Personen. Dann wurde die Demonstration über eine Stunde lang blockiert – die Polizei begründete dies mit Fahnenstangen aus Metall, verknoteten Transparenten und Vermummung. Tatsächlich diene diese Verzögerung vor allem dazu, weitere Einsatzkräfte zusammenzuziehen.

Das Polizeiaufgebot war von Beginn an völlig unverhältnismäßig: Wasserwerfer, Räumpanzer und zahlreiche Hundertschaften. Auch wenn nicht jedes Gerät eingesetzt wurde, stellte sich schon hier die Frage nach der Verhältnismäßigkeit.

Als die Demonstration schließlich loslaufen durfte, wurde sie auf dem Weg mehrfach angehalten. Immer wieder wurden die gleichen Begründungen genannt – mit dem Effekt, dass weitere Kräfte nachrückten. In der Mechthildisstraße eskalierte die Situation: Die Polizei spaltete die Demonstration in zwei Teile, kesselte einen Block vollständig ein und hielt die Eingekesselten bis zu elf Stunden bis 5 Uhr morgens am 31.08. fest.

Was ich in diesen Stunden beobachten musste, war erschütternd:

- Menschen wurden geschlagen, getreten, gewürgt und mit Pfefferspray attackiert.
- Es gab blutende und ohnmächtige Personen.
- Sanitäter\*innen wurden daran gehindert, verletzten Personen zu helfen oder wurden teilweise nicht mehr in den Kessel hineingelassen.
- Pressevertreter\*innen wurde der Zugang zum Kessel verweigert. Mindestens eine Person wurde von der Polizei abgeführt, später aber wieder freigelassen; sie berichtete, dass auch sie Gewalt erfahren hatte.
- Den Eingekesselten wurde zeitweise der Zugang zu Toiletten, Wasser und Nahrung verwehrt.
- Minderjährige wurden stundenlang festgehalten, ohne ihre Eltern erreichen zu können, und später dem Jugendamt übergeben.

- Angriff auf mich als parlamentarische Beobachtung: Ich wurde geschubst, gewürgt und auf die Brust geschlagen. Dies geschah trotz mehrfacher deutlicher Hinweise – durch Warnweste und Artikulation – dass ich parlamentarische Beobachtung mache und das Geschehen aus nächstmöglicher Nähe beobachten möchte.

Insgesamt zählte der Demosanitätsdienst 147 Verletzte, mehr als 15 Personen mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Ein wichtiger Punkt: Wenn Pressevertreter\*innen und die Personen, die die parlamentarische Beobachtung übernommen haben, nicht vor Ort gewesen wären, wissen wir nicht, wie die Gewalt eskaliert wäre. Polizist\*innen selbst haben neben mir gesagt: „*Wir müssen aufpassen, weil die Presse hier ist, weil die parlamentarische Beobachtung hier ist.*“ Das verdeutlicht, wie entscheidend unsere Anwesenheit war – und gleichzeitig, wie schlimm die Vorfälle selbst schon ohne diese Kontrolle gewesen sind. Es muss dringend eine umfassende Aufarbeitung geben. Ich möchte noch einmal festhalten: Ich war die ganze Zeit dabei und habe direkt gesehen, dass die Gewalt von der Polizei ausging.

Diese Form der Polizeigewalt reiht sich ein in eine zunehmend systematische Repression gegen die Friedensbewegung und progressiven Protest. Forderungen nach Abrüstung, nach einem Ende von Militarismus und imperialistischer Politik, nach einer friedlicheren Welt – all das verdient Schutz, nicht Prügel.

Trotz dieser massiven Gewalt habe ich an diesem Tag auch etwas anderes gesehen: die enorme Solidarität unter den Demonstrierenden. Die gegenseitige Unterstützung, die Entschlossenheit, trotz allem zusammenzuhalten, zeigt, dass diese Bewegung stark ist. Dass Polizei und Staatsgewalt derart hart gegen uns vorgehen, ist kein Zeichen unserer Schwäche, sondern Ausdruck der Angst dieses Systems vor einer wachsenden Friedensbewegung.

Wir lassen uns davon nicht einschüchtern. Im Gegenteil: Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung der Polizeigewalt in Köln und halten fest an unserem Ziel: Abrüstung, Entmilitarisierung und eine friedlichere Welt.